

Stand: 20.03.2012

Atompolitik in NRW

Nie gewollt, nie gekonnt, ausgesessen und verdrängt.....

Lange vor Fukushima, am 12.07.2010, unterschrieben die NRWSPD und Bündnis 90 / Die Grünen NRW ihren Koalitionsvertrag „Zusammen für NRW, gemeinsam neue Wege gehen“. Wer sich ein wenig mit den Transporten von radioaktiven Stoffen beschäftigt, wird schnell erkennen, was mit dem Slogan „neue Wege gehen“ gemeint war. Der Transport von 152 Castoren von Jülich nach Ahaus wird ab 2012 immer wahrscheinlicher. Neben den radioaktiven Stoffen, die in NRW hin und her geschafft werden, werden jährlich Transporte genehmigt, die NRW als Transitstrecke nutzen. Atomtransporte als Tagesgeschäft, ein Risiko ohne gleichen.



Mit Sekt wurde auf den Koalitionsvertrag angestoßen und auch der zukünftige Umgang mit der Atomkraft präsentiert. Inzwischen ist der Koalitionsvertrag ebenso wie der versprochene Umgang mit der Atomkraft nur noch Geschichte. Wie tatsächlich seitens der Politik mit der Gesundheit der Bürger gespielt wird und wurde, soll hier aktualisiert dargestellt werden:

Das Thema Atomkraft und die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag

Koalitionsvereinbarung 1

Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit Genehmigungen für die Urananreicherungsanlage Gronau als Teil der atomaren Brennstoffkette zurückgenommen oder eingeschränkt werden können. Darüber hinaus wird die Landesregierung notwendige Konsequenzen aus dem Unfall in der UAA Gronau im Januar 2010 ziehen. Eine mögliche Erweiterung dieser Anlage wird abgelehnt.

Aktuell:

Nach WDR-Recherchen ist die im März von der Landesregierung angekündigte Vorziehung der Sicherheitsüberprüfung für die UAA in Gronau wohl eine Nebelkerze. Im Dezember, also 9 Monate später, hat die Urenco die ersten Unterlagen an die Landesregierung geschickt. Ein selbständiges Agieren der Landesregierung ist nicht erkennbar.

Koalitionsvereinbarung 2

Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit Genehmigungen für die Konditionierungsanlage GNS in Duisburg als Teil der atomaren Brennstoffkette zurückgenommen oder eingeschränkt werden können. Eine mögliche Erweiterung dieser Anlage wird abgelehnt.

Aktuell:

Duisburger Atommüllanlage: CDU genehmigt "Nutzungsänderung" der umgebauten GNS-Halle 3. Dadurch kann die GNS nun die Halle 3 wie von ihr geplant in Betrieb nehmen und die Verarbeitung von Atommüll weiter steigern (3300 Tonnen Atommüll waren vor dem September 2011 erlaubt).

05.01.2012 14:30 Die Landesregierung hat Atommülltransporte von und nach Wanheim-Angerhausen zur Firma GNS verschwiegen.

Die Linke hatte im Landtag eine Kleine Anfrage zur aktuellen Atommüleinlagerung in Ahaus gestellt. In der Antwort wurden Transporte durch Duisburg nicht erwähnt. Und dass, obwohl sich die Anfrage auch auf die Transporte zur Firma GNS bezogen hatte. Die Atommülltochter der großen Unternehmen verpackt und konditioniert hier in Wanheim-Angerhausen den Atommüll, zum Beispiel aus Neckarwestheim und Biblis. Der wird quer durch Deutschland hierher transportiert, um anschließend zur weiteren Lagerung nach Ahaus zu kommen.

Koalitionsvereinbarung 3

Wir wollen Atomtransporte vermeiden, weil sie unnötige Risiken für Mensch und Umwelt mit sich bringen.

Aktuell:

Seit Juli 2011 besteht der Beschluss des Landtages für ein Transportmoratorium. Umgesetzt wurde dieser Beschluss nicht. Die Transporte rollten und rollen weiter:

Auf eine Kleine Anfrage der NRW-Landtagsfraktion der Linken teilte Landesarbeitsminister Guntram Schneider (SPD) mit, dass in nur anderthalb Jahren bis Ende November 2011 insgesamt 74 Atommüll-"Gebinde" mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll ins Zwischenlager Ahaus gebracht wurden. Der erste dieser Atommülltransporte rollte im Juli 2010. Außerdem stellte Schneider für die kommenden Wochen sieben weitere Transporte mit 14 Atommüllcontainern nach Ahaus in Aussicht, zusätzlich zu den geplanten 152 West-Castoren von Jülich nach Ahaus!

16.01.2012 (TAZ) "Teuer, sinnlos und unsicher": Das ist die offizielle Position der rot-grünen NRW-Landesregierung zu den drohenden Castor-Transporten aus dem Forschungszentrum Jülich nach Ahaus, zuletzt ausgegeben vom für die Atomaufsicht zuständigen Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger (SPD) im Landtag.

Hinter den Kulissen aber arbeiten ihre Beamten weiter an der Vorbereitung des Atommülltourismus.

Auf Einladung der Firma "Nuclear Cargo + Service" haben Vertreter des Landeswirtschafts- wie des Innenministeriums an einem Treffen teilgenommen, bei dem ein Castor-Probelauf Thema war. Das bestätigten Sprecher beider Häuser der taz. Die Leerfahrt eines Castors gilt als Voraussetzung für eine Genehmigung der Transporte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Außerdem seien "polizeifachliche Aspekte" erläutert worden.

16.01.2012 Die NCS, eine Tochterfirma der vier großen Energieversorger, hat einen Transport von Großbritannien über das deutsche Straßennetz beantragt. Die Anlandung nach der Schiffspassage über den Ärmelkanal soll demnach über einen ausländischen Hafen, vermutlich in Belgien, erfolgen. Der anschließende Transport der hochgiftigen **MOX-Brennelemente** wird demnach auch über die Straßen von NRW führen.

17.01.2012 (Contratom) Ab 2015 sollen 20 oder 21 Castorbehälter aus der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield über Bremerhaven nach Deutschland verschifft werden. Das Ziel für die Behälter ist derzeit Gorleben, schon im März soll ein erster Probetransport stattfinden. Möglich wäre auch ein Transport durch NRW mit dem Ziel der Zwischenlagerung in Ahaus.

Koalitionsvereinbarung 4

Die in Jülich noch lagernden 152 Castoren mit hochradioaktiven Brennelementekugeln sind eine schwere Hypothek für die Region und ganz NRW. Die Verlagerung nach Ahaus würde massive Polizeieinsätze erfordern, Kosten für das Land auslösen und von den Menschen entlang der Transportstrecke zu Recht nicht akzeptiert. Aus diesen Gründen wird die Landesregierung ihre Möglichkeiten nutzen, dass kein weiterer Atom Müll ins Brennelementezwischenlager Ahaus verbracht werden muss. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den bereits gestellten Antrag auf eine Verlängerung der derzeitigen Zwischenlagerung.

Aktuell:

Die Rot/Grüne Landesregierung hat im Aufsichtsrat des Forschungszentrums zwei Sitzungen im Oktober 2010 und im Mai 2011 nicht dazu genutzt, die Problematik anzusprechen respektive einen Antrag auf Verbleib in Jülich zu stellen. Dies geschah erst am 30.11.2011, nachdem die Absicht des BMU feststand.

Nachfragen bei den Regierungsfractionen bzw. der Landesregierung selbst werden nicht bzw. nur auf Erinnerung nach etwa drei Monaten zwar beantwortet, verweisen aber lediglich auf einen Antrag des Landtages aus Februar 2011. Konkrete Antworten blieben aus.

Umweltminister Johannes Remmel im [WDR 2 Morgenmagazin](#) am 1.12.2011 zu der Entscheidung des Bundes, Atom Müll vom Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager Ahaus transportieren zu lassen.

Koalitionsvereinbarung 5

Der Rückbau der Atomruine AVR Jülich wird noch Jahrzehnte dauern und insgesamt Milliarden Euro kosten. Die Landesregierung wird unabhängige Sachverständige mit der Aufarbeitung der Geschichte des AVR im Hinblick auf technische Probleme und Störfälle beauftragen.

Aktuell

Bisher: Antrag von Grünen und SPD im Landtag NRW vom 05.04.2011 [Drucksache 15/1687](#)

Die Landesregierung wird gebeten, unabhängige Sachverständige zu beauftragen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Geschichte des AVR in Jülich im Hinblick auf technische Probleme und Störfälle aufarbeiten. Die externen Expertinnen und Experten werden in den zuständigen Fachausschüssen des Landtags in Nordrhein-Westfalen auf Vorschlag der Landesregierung bestimmt. Sie werden aufgefordert, dem Landtag ihren Bericht bis 31.12.2013 zu erstatten.

Ergebnisse oder eine tatsächliche Beauftragung von Sachverständigen sind nicht bekannt.

Koalitionsvereinbarung 6:

Der Rückbau der Atomruine THTR Hamm-Uentrop wird noch Jahrzehnte dauern und insgesamt Milliarden Euro kosten. Insbesondere im Hinblick auf die ungeklärte Finanzierung des Rückbaus des THTR werden wir die früheren Betreiber bzw. Rechtsnachfolger und Eigentümer in die finanzielle Verantwortung nehmen.

Informationen zu 6

Die Arbeiten an dem 300 Megawatt Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm/Uentrop begannen 1970 und sollten eigentlich 5 Jahre später abgeschlossen sein. Es wurden dann aber 15 Jahre Bauzeit. Bis 1985, als die vorläufige Betriebsgenehmigung erteilt wurde, hatte der Bau des THTR anstatt der geplanten 0,69 Milliarden DM Baukosten 4 Milliarden DM verschlungen und ein Ende

dieser Verschwendung von Steuergeldern ist bis heute nicht in Sicht.

Die Kosten für den Erhaltungsbetrieb und den sicheren Einschluß des THTR belaufen sich auf 5,1 Millionen Euro jährlich, die zu je 50% von Bund und Land getragen werden. Weitere 0,5 Millionen EUR Endlagervorausleistungen jährlich teilen sich zu je einem Drittel Bund, Land NRW und die HKG. Konkrete Zahlen insbesondere über tatsächlich geleistete Zahlungen der HKG sind nicht belegt.

Die Betriebselemente wurden in Transport- und Lagerbehälter vom Typ CASTOR THTR / AVR verladen und zum Zwischenlager Ahaus transportiert. Insgesamt wurden 305 CASTOR-Behälter in 57 Transporten bis zum April 1995 nach Ahaus verbracht. Betreiber ist die Hochtemperatur Kernkraftwerk GmbH (HKG)

Aktuell:

Der Stilllegungsbetrieb des THTR kostet ca. 5 Millionen Euro jährlich. Die bisherige Finanzierungsregelung hierfür, nach der das Land NRW sowie der Bund fast alles und die Betreiber Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) zwei Jahrzehnte lang fast nichts bezahlten, lief am 31. Dezember 2009 aus. Vier Verhandlungsgespräche über die Finanzierung wurden im Jahre 2009 ergebnislos abgebrochen. Das Ergebnis eines weiteren Gesprächs am 18. 7. 2011 wurde bisher nicht veröffentlicht.

Koalitionsvereinbarung 7

Das Land NRW wird keinerlei Atomforschung mehr finanzieren, mit Ausnahme der Forschung für Sicherheit, Endlagerung und Rückbau. Dies gilt insbesondere für jedwede Finanzierung von Forschung für neue Kugelhaufenreaktoren und andere Reaktortechnik sowie für Transmutation. Die Errichtung entsprechender Forschungsanlagen und -reaktoren in NRW wird landesplanerisch ausgeschlossen.

Quelle: Seite 31 und 32 des Koalitionsvertrages zwischen der NRWSPD und Bündnis 90/Die GrünenNRW, unterzeichnet am 12.07.2010

Die Rot / Grüne Landesregierung dieses Koalitionsvertrages gibt es nicht mehr. 20 Monate ohne den Ansatz auch nur eines der oben genannten Vorhaben auf den Weg zu bringen. 20 Monate geprägt von Nichtstun und Intransparenz. Was bleibt von diesem Teil des Koalitionsvertrages ist schlicht: Nichts -

Insbesondere Grüne Politiker in Machtposition leisten nicht annähernd das, was sie vor Wahlen, in Werbung, auf ihren Homepages oder in der Öffentlichkeit versprechen.

Natürlich sieht eine Partei das auf ihrer Homepage anders:

Rot-Grün kann sich sehen lassen

„Denn: Die Rot-Grüne Regierungsbilanz ist eine Erfolgsbilanz. In den knapp zwei Jahren Minderheitsregierung hat NRW einen neuen Politikstil, eine Politik der Einladung, erfahren, bei dem auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit der Opposition gesetzt wurde. Wir Grüne wollen, dass der Politikwechsel, den wir erfolgreich eingeleitet haben, weitergeht. Dabei geht es uns vor allem um die Themen ökologische Erneuerung, Kommunen, Bildung und Demokratie. Besonders bei der ökologischen Erneuerung muss NRW "klotzen, und nicht kleckern", so unsere Landesvorsitzende Monika Düker. Daneben gehen wir mit den Themen Bildung, Kommunen und Demokratie in den Wahlkampf. Die direkte Einbindung der Bevölkerung in das politische Geschehen in NRW wollen wir Grüne weiter ausbauen, um Politik für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin transparent und nachvollziehbar zu gestalten. „

Selbst jetzt: Nichts mehr von Atompolitik, wie zu erwarten.....weil wo nichts ist oder war, da kann man auch nicht erwähnen.....

Atomausstieg bleibt Handarbeit